



Ausgabe 2/2007
28. Februar 2007

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Integration der Grenzpolizei nach Wegfall der Grenzkontrollen zu Tschechien Von Klaus Kozuch, stv. Landesvorsitzender



Regensburg - (gdp) Innenminister Dr. Beckstein lud alle Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker aus dem Bereich

Oberpfalz am 22. Februar 2007 vormittags nach Waidhaus und für den Regierungsbezirk Niederbayern am gleichen Tage nachmittags nach Freyung ein. Neben dem Landespolizeipräsidenten Waldemar Kindler, dem Leiter IC5 im IM Peter Dathe, dem Präsidenten des PP Ndb/Opf und seinem Stellvertreter, nahmen auch die PD-/GPI Leiter, sowie der Bezirkspersonalratsvorsitzende und stv. GdP-Landesvorsitzende Klaus Kozuch teil. Am 23.02.2007 fand diese Konferenz in Selb statt.

Innenminister Beckstein stellte das vom PP Ndb/Opf, bzw. vom PP Ofr für den Bereich der GPI Selb erarbeitete Konzept zur Integration der Bayerischen Grenzpolizei vor. Der Innenminister ging dabei auf die geplante neue Dienststellenstruktur mit geänderten Zuständigkeitsbereichen in den Landkreisen der Grenzregion zu Tschechien ein. Eine Fahndungseinheit neben den

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei -
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

allgemeinpolizeilichen Aufgaben bei den neu zu bildenden Dienststellen der jetzigen GPI ist geplant, genau so wie die Verstärkung angrenzender PI. Beckstein will die zur Verfügung stehenden 706 Sollstellen der jetzigen Grenzpolizei zwischen Selb und Freyung zu 2/3 in den Grenzlandkreisen belassen und 1/3 in die westlich angrenzenden Bereichen des PP Ndb/Opf

Die neuen Dienststellen an der Grenze sollen nach dem Willen des Ministers Polizeistationen werden. Die Einsatzstärke soll nach den fachlichen Feststellungen den Erfordernissen zwar genügen, also schichtdienstfähig sein, aber eben keine selbstständigen Polizeiinspektionen werden. PI waren im Konzeptvorschlag des PP Ndb/Opf noch im Oktober 2006 enthalten.



geben. Dabei ist auch an eine Verstärkung der VPI und KPI gedacht. Eine sozialverträgliche Lösung für die insgesamt 865 Beamtinnen und Beamten, sowie der 159 Tarifbeschäftigten kündigte der Minister ebenfalls an.

Damit wurden einige Forderungen der GdP vom 27. April 2005, die wir in die laufenden Planungen immer wieder einbrachten erfüllt - aber bei weitem noch nicht alle!

Dem schob aber das IM einen Riegel vor, mit der Begründung, dass der Zuwachs von weiteren Inspektionen, der jetzt schon überproportional bestehenden 30 PI in Ndb/Opf den anderen Polizeiverbänden und der Politik in Bayern nicht zu vermitteln wäre.

Außerdem, so der Herr Innenminister wörtlich: „Ich will durch die Einsparung der Führungsebene bei einer PI Polizisten im



Integration der Grenzpolizei

Streifenwagen oder zu Fuß auf den Straßen haben. Es kann nicht sein, dass ein Polizist das Gebäude einer PI und darin das Telefon und ein anderer den Funk bewacht. Bei der neu geplanten Polizeistation kann die Dienststelle auch unbesetzt bleiben, weil die angrenzende dienstaufsichtlich zuständige PI oder die Einsatzzentrale Einsätze leiten und koordinieren kann.“

Bei aller Wertschätzung Ihrer Person, Herr Minister, hier liegen Sie daneben. Die Polizei fährt nicht nur Streife, um präsent zu sein. Die Kolleginnen und Kollegen nehmen vorwiegend z.B. Ereignisse, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten auf und ermitteln den Sachverhalt und leisten immer mehr Amts- und Vollzugshilfe. Das erfordert neben einer Unmenge von erforderlichem schriftlichen „Schreibkram“ auch Vernehmungen, die nur in der Dienststelle zu erledigen sind. So nebenbei haben sie auch

noch die neuesten Vorschriften und dienstlichen Anweisungen zur Kenntnis zu nehmen und auszuwerten. Das, sehr geehrter Herr Minister, erledigen die Polizisten im Dienstgebäude, wenn sie dieses als Anlaufstelle für den Bürger besetzt halten. Funk und Telefon bedienen sie dabei neben den genannten Tätigkeiten.

In den Konferenzen forderten mehrheitlich die Bürgermeister aus den Gemeinden der jetzigen GPI trotzdem eine Polizeiinspektion. Auch die GdP-DG Vorsitzenden der Grenzpolizei legten zwischenzeitlich ebenfalls dem IM und den politischen Mandatsträgern die Forderung nach einer Polizeiinspektion anstelle der jetzigen GPI vor. Daneben wird sich die GdP besonders der sozialverträglichen Umsetzung der Integration zuwenden. Dabei geht es nämlich um Menschen, um Kolleginnen und Kollegen, ihre Familien und ihre Arbeitsplät-

zen, die sie durch mehrere Versetzungen und Entbehnungen endlich heimatnah erreicht haben. Es geht nicht nur um sinnvolle Stellenverlagerungen, sondern auch um die Weiterbeschäftigung im Nahbereich, auch über die Sollstellen hinaus. Nach dem Interessenbekundungsverfahren wird sich die GdP mit ihren Personalräten auch am Personalauswahlverfahren beteiligen.

Eine Sollstellenverlagerung außerhalb des PP Ndb/Opf lehnen wir ebenso ab, wie die Einziehung von Sollstellen aus dem Grenzpolizeibestand für die „große“ Polizeireform. Eine Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, wenn sie nach der Entscheidung des Bundesinnenministers Schäuble in der Region bleiben kann, wird keine Beeinträchtigung der Aufgaben und Zuständigkeiten der Landespolizei bringen.

Innenminister Beckstein berichtet über Evaluierung der Polizeireform

Von Ernst Ziegenheim, HPR-Vorsitzender



München – (gdp) Am 28.2. informierte Innenminister Dr. Beckstein im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit über

den Evaluierungsbericht zum Pilotbetrieb in Unterfranken. Im Großen und Ganzen wurden die vorgegebenen Ziele Straffung der Aufbauorganisation und Reduzierung des Verwaltungsaufwandes nach Einschätzung sowohl unseres Innenministers als auch der Evaluierungskommission erreicht. Obwohl im Evaluierungsbericht die personelle Verstärkung für die Präsidien gewünscht wurde, erklärte Beckstein, dass er sich in diesem Fall jedoch „sperrig“ zei-

gen würde. Sein Anliegen sei es, die Basis zu stärken und nicht Personal von der Basis abzuziehen. Er werde dem Wunsch der Präsidien auf Personalzuwachs somit nicht Folge leisten. Gleichwohl sei unverkennbar, dass in der Übergangsphase ein bedarfsgerechtes Übersoll unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte vorhanden sein wird. Die für Unterfranken getroffenen Zusagen würden auch für die anderen Präsidien gelten. Der Schwerpunkt der Reform, die Einsatzzentrale, sei eine Pionierarbeit in Europa und hätte ihre Effizienz zwischenzeitlich bewiesen. Ganz besonderes Augenmerk muss der Aussage des Ministers im Bezug auf die Einsatzinspektion geschenkt werden. Hier hat er eindeutig bekundet, von einer einheitlichen Einsatzinspektion, einer Generalisierung, abzuweichen. Vielmehr wolle er eine Profilierung

an den örtlichen Gegebenheiten vornehmen. Die Bedürfnisse einer Inspektion bei einem Kernkraftwerk würden sich schließlich gänzlich von denen einer Inspektion im Chemiedreieck oder am Flughafen unterscheiden.

Durch die erhöhte Anforderung in allen Bereichen, vor allem aber im zu erwartenden Einsatzbereich, müssten die Dienststellenleiter zukünftig im höheren Dienst angesiedelt werden, dies auch im prüfungserleichterten Aufstieg. Für seine Forderung würde er sich massiv einsetzen. Selbstverständlich wird über eine derartige Dienstpostenbewertung erst nach der Polizeireform nachgedacht werden können. Schwierigkeiten räumte Beckstein bei der Führungsspanne ein, aber auch hier sei man auf dem Weg, Lösungen zu finden.

Fortsetzung auf Seite 3



Beckstein berichtet über Evaluierung der Polizeireform

Dem Bericht schloss sich ein rege Diskussion an, in der die Opposition bemängelte, hier durch Beckstein Bericht über einen Evaluierungsbericht zu erhalten, den sie überhaupt nicht kenne und somit keine grundlegenden Fragen stellen könne. Beckstein erklärte daraufhin, der Evaluierungsbericht werde den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt. Weiterhin wurde bemängelt, dass die Ziele der Polizeireform - „besser und billiger“ - „weniger Häuptlinge, mehr Indianer“ - „mehr Personal an die Basis“ - völlig verfehlt seien. Besonders wurden die Schwächung der Personalvertretung und die Probleme der Teilungspräsidien in Bezug auf die Personalsituation gerügt. Hierzu wollte Beckstein keine Auskunft geben, da der Entscheidungsprozess noch andauern würde und

es bei den Teilungspräsidien aus seiner Sicht kein Zurück mehr geben würde. Den KDD bezeichnete er als Gewinn für die Kollegen der Schutzpolizei, da sie viel früher und schneller aus Aufgaben herausgelöst werden könnten und die KPI schneller und qualifizierter ihre Aufgabe wahrnehmen könne.

In den Grundzügen wurden die Bedenken der GdP in Bezug auf die Polizeireform bestätigt. Vor Ort, bei den Polizeiinspektionen, werde die gewünschte Personalmehrung nicht erfolgen. Und obwohl die Schwächung des Personals, durch Reduzierung der Personalvertretungen und somit Reduzierung der Ansprechpartner noch diskutiert wird und vielleicht von dem einen oder anderen noch nicht so gesehen wird, findet sie faktisch statt. Diesem Umstand kann

nur durch die Erhöhung der Freistellungen, einer dislozierten Ausbringung und einem eigenen Hauptpersonalrat Polizei entgegen gewirkt werden.

Abschließend wurde die Situation bei der Fahndungskontrollgruppe Mittelfranken erläutert. Hier wurde deutlich, dass Beckstein den örtlichen Wünschen entsprechen will und das Ministerium nicht die Absicht hat, Personal aus der Schleierfahndung abzugeben. Die Probephase wird zur Gewinnung weiterer Zahlen verlängert und eine endgültige Entscheidung wurde noch nicht getroffen. Die Schleierfahndung muss gestärkt werden. Die Fahndungsgruppe Erlangen bleibt bis auf weiteres bestehen und der Bereich Ansbach und Feucht wird zusammen arbeiten.

5% Reisekostenzuschuss für alle Mitglieder der GdP!

- Pauschalreisen
- Kreuzfahrten
- Flussfahrten
- Autoreisen
- Wellness
- Charterflüge
- Studienreisen
- Wanderreisen

Die Reise muss über unser Reisebüro gebucht werden.

Unverbindliche Beratung:
089/57 83 88 24 • www.swbayern.de

Mitgliederservice der GdP
Sozialwerk der GdP Bayern GmbH

Hansastraße 17/1
80686 München
www.swbayern.de

Telefon 089 / 57 83 88 24
Telefax 089 / 57 83 88 23
Email info@swbayern.de

31. März 2007
23. Preisschaffkopf der GdP
in der Nordgauhalle Nabburg

Größter Preisschaffkopf der Welt, seit über 20 Jahren, an einem Abend ausgespielt, Erlös für karitative Zwecke

1. Preis: EUR 2.000,-
2. Preis: EUR 1.000,-
und weitere wertvolle Preise i. W. v. über: EUR 25.000,-
u.a. Urlaubs- und Flugreisen, Farbfernseher, Drucker, Computer, DVD-Player, Stereoanlagen, Fahrräder, Handys, Einkaufsgutscheine ...

Tombola mit wertvollen Preisen

1. Preis: 1 VW Fox
Wert: 11.000,- EUR

2. Preis: Ramasuri-Kreuzfahrt (12 Tage)
Wert: ca. 5.000,- EUR u.v.m.

Beginn: 19.30 Uhr Einlaß ab 18.00 Uhr, Einsatz EUR 15,- Über 1.200 Startplätze.

- An alle Schaffkopffreunde ergeht herzliche Einladung. Der Erlös wird wieder einem wohltätigem Zweck zugeführt.
- Infos und V.i.s.d.P.: Hofmann Bernd, Rotbühlring 32, 92507 Nabburg, Tel. 09433/20030 oder Mobil: 0171-3648344, e-mail: gdp@nabburg-aktiv.de Im Internet: www.nabburg-aktiv.de
- Veranstalter: GdP-Kreisgruppe Polizei Nabburg
- Anfahrt: A93 Regensburg - Weiden, Ausfahrt Nabburg

Schnelle Auswertung durch: EDV BV
Wernberger-Str.44, 92536 Pfreimd
Tel. 09606/9201-0

MASCHKE
CONRAD

RAMASURI